

Großbritannien: Weihnachtsfeiern nicht gern gesehen



Nicht gern gesehen
in Großbritannien!

Großbritannien scheint vor lauter politischer Korrektheit jetzt vollständig durchzudrehen. Selbst die Moslems, deren Gefühle ungefragt vor Irritationen geschützt werden sollen, verstehen die Welt nicht mehr. Die Angelsachsen verbieten sich in zunehmendem Maße das Aufkommen von Weihnachtsstimmung: Kein Schmuck mehr in Fußgängerzonen, Geschäften und Büros und keine Weihnachtsfeiern mehr in Betrieben. Das [Vereinigte Königreich verkommt zur „Weihnachtsfreien Zone“](#).

Traditionelle Weihnachtsfeiern sind nach Einschätzung zahlreicher britischer Arbeitgeber und Stadtverwaltungen nicht länger politisch korrekt. Einige britische Anwaltskanzleien veröffentlichten eine Warnung: Im multikulturellen London arbeiteten Menschen verschiedenen Glaubens zusammen und vor allem Muslime könnten die oft ausschweifenden Bürofeiern als beleidigend empfinden, so die Anwälte. Aus Angst vor Ärger oder sogar Klagen wird in diesem Jahr bereits weniger gefeiert. Von 5000 britischen Unternehmen wollen etwa 80 Prozent keine Party veranstalten, so das Ergebnis einer Umfrage der auf Arbeitsrecht spezialisierten Anwaltskanzlei Peninsula.

Die Kanzlei spricht von «einer Welle der politischen Korrektheit», die über Großbritannien hereingebrochen sei. In einigen britischen Großstädten untersagen die örtlichen Behörden Weihnachtsschmuck und Lichterketten in Einkaufszentren und Fußgängerzonen. Außerdem würden traditionelle Weihnachtsveranstaltungen «säkularisiert»,

sagte Peter Done von Peninsula.

Politische Korrektheit herrscht auch im britischen Fernsehen: Außer der Queen wird in diesem Jahr eine völlig verschleierte Muslimin eine Weihnachtsansprache halten. Viele Unternehmen haben diese Entwicklung in den vergangenen Wochen offenbar aufmerksam verfolgt. Keiner wolle ins Fettnäpfchen treten, erklärt Done, und deshalb gingen viele auf «Nummer Sicher».

Heller Wahnsinn, wir machten kürzlich bereits [darauf aufmerksam](#). Einerseits soll Weihnachten beleidigend für Moslems sein, andererseits hält ein schwarz verschleiertes moslemisches Gespenst eine Weihnachtsansprache.

Wer sich trotzdem traut zu feiern, «braucht Nerven wie Clint Eastwood», kommentierte die Boulevardzeitung «Daily Mirror». Unternehmen sollten eine Reihe von Regeln befolgen, damit die Feiern nicht aus dem Ruder laufen, empfiehlt Greg Campbell von der Kanzlei Faegre and Benson. Sexuelle, rassistische oder religiöse Diskriminierung müssten auf jeden Fall verhindert werden, sonst könnten Arbeitnehmer klagen. Also keine Weihnachtsfeiern nach Büroschluss, und auch sonst soll am Arbeitsplatz keine weihnachtliche Sentimentalität aufkommen. Etwa 74 Prozent von 2 300 befragten britischen Arbeitgebern verbieten laut Peninsula sogar Weihnachtsbäume und Weihnachtsschmuck, um andersgläubige Mitarbeiter nicht zu beleidigen. Das seien 71 Prozent mehr als im Vorjahr. So ließ die Royal Bank of Scotland, Großbritanniens zweitgrößte Bank, ihre Mitarbeiter in der Londoner City wissen, dass das Aufhängen von Weihnachtsschmuck «aus Sicherheitsgründen» nicht gestattet sei.

Da reibt der Moslem sich erstaunt die Augen und reagiert mit Unverständnis:

Viele Muslime finden die «politische Korrektheit» zu Weihnachten jedoch völlig übertrieben. «Das kann leicht nach

hinten losgehen und christliche Briten gegen Muslime aufbringen», meinte ein Sprecher des Christlich-Muslimischen Forums in Peterborough im Nordosten Englands. Auch Zahid Hussain vom Muslimischen Rat hält nichts davon, die Weihnachtsstimmung im Land zu unterdrücken. «Weihnachten ist Weihnachten, und wir machen beim Feiern mit», sagte Hussain einer britischen Zeitung.

Wenn die Briten ihren moslemischen Mitbürgern lange genug klargemacht haben, dass Weihnachten beleidigend für sie ist, werden sie es irgendwann glauben. Und dann muss Weihnachten um des lieben Friedens Willen endgültig verboten werden.

(Spürnase: Bill Dexter)

Bundeswehr: Totenschädel-Skandal wird zum Hohlschädel-Skandal

☒ Was für eine Blamage für unsere Politiker und Medien. Obwohl – denen ist so gut wie nichts zu peinlich und zu blöde. Vor allem sie sich selbst nicht. Ein Megaskandal hätte es werden sollen, mit tödlichen Folgen: Die Schädelspäßchen einiger Bundeswehrsoldaten in Afghanistan. Selten gab es einen solchen Rohrkrepierer der Berufsempörten. Denn die Staatsanwaltschaft muß das Verfahren einstellen, weil schlicht die Rechtsgrundlage für eine Kriminalisierung dieses Unfugs fehlt.

Im Kontrast zu den Mohammed-Karikaturen hatten unsere Medien keinerlei Hemmungen, private Fotos von Bundeswehrsoldaten

abzudrucken, die diese mit Gebeinen in Afghanistan zeigten. [Click hier](#) Und das, obwohl man genau wie im Fall abgedruckter Mohammed-Karikaturen mit islamischer „Vergeltung“ rechnete. Solches Vergeltungsrisiko nahmen unsere Medien diesmal sehr gern in Kauf, um die Bundeswehr als Horde übler Leichenschänder hinzustellen. Die deutsche Lust am Selbsthaß, der Skandalisierung des Banalen und der Geißelung von Sündenböcken brach sich wie ein kollektiver, sadomasochistischer Orgasmus seine Bahn. Nüchtern betrachtet stellt sich der [Sachverhalt](#) jedoch so dar:

*Der Strafrechtler Reinhard Merkel hat die deutschen Gerichte wegen der Totenschädel-Bilder aus Afghanistan vor überzogenen Strafen gegen die beteiligten Soldaten gewarnt. **Es handele sich um Bagatelldelikte „an der untersten Schwelle dessen, was überhaupt kriminelles Unrecht sein kann“.***

*„Juristisch gesprochen ist die Heftigkeit der Reaktionen sowohl in den Medien als auch von Seiten der Politik auf diese groben Geschmacklosigkeiten bei weitem überzogen“, sagte der Hamburger Jurist. Es sei aus seiner Sicht daher ein Ärgernis, wenn **Bundeskanzlerin Angela Merkel „außerhalb ihrer Kompetenzen und Zuständigkeiten härteste Bestrafung fordert und in einem Ton redet, als ginge es um Kapitaldelikte“.** Dies werde die Richter wohl nicht unbeeindruckt lassen. „Ich fürchte, dass die Amtsgerichte unter dem politischen Druck symbolisch überhöhte Strafen aussprechen werden.“*

Aus Sicht von Strafrechtler Merkel handelt es sich bei dem Verhalten der jungen Soldaten, die sich in Afghanistan auf makabre Art mit Schädeln und anderen Skeletteilen hatten fotografieren lassen, um das alterstypische Verhalten Halbstarker, die sich zudem in keiner zivilen sozialen Situation befunden hätten. Nach Paragraph 168 des Strafgesetzbuches könne nur dann von einer Störung der Totenruhe ausgegangen werden, wenn Gräber geöffnet worden seien oder an Leichen beziehungsweise Leichenteilen „beschimpfender Unfug“ vollzogen wurde.

Nun räumt die [Münchener Staatsanwaltschaft](#) offiziell ein:

Der Anfangsverdacht auf eine Störung der Totenruhe habe sich nicht bestätigt, teilte die Staatsanwaltschaft am Donnerstag mit. Die Totenschädel hätten von einem Gelände gestammt, auf dem seit langem Lehm zum Hausbau gewonnen werde. Damit handle es sich nicht um eine Beisetzungstätte. (...), „In und auf dem Erdreich befanden und befinden sich noch zahllose menschliche Knochenteile, die vermutlich von sowjetischen Soldaten aus der früheren Besatzungszeit stammen“. Die afghanische Bevölkerung habe das Gelände auch schon 2003 zur Lehmgewinnung benutzt.

✘ Nun gab es weder Flaggenverbrennungen noch Anschläge gegen Deutsche aufgrund der Fotos. Bzw. wegen deren Veröffentlichung, denn erst durch die Skrupellosigkeit der Medien entstand überhaupt ein theoretisches Racherisiko von islamischer Seite. Aber es handelt sich eben „nur“ um die Knochen ungläubiger Russen, deren letzte Ruhestätte die Afghanen selbst zur Lehmgewinnung nutzen.

Und was hat uns diese Skandalisierung gekostet?

Derzeit gibt es nach Angaben des Verteidigungsministeriums 17 Tatverdächtige. Ein Sprecher sagte am Mittwoch, sechs Soldaten dürften ihren Dienst nicht mehr ausüben, gegen 13 Soldaten liefen disziplinarrechtliche Vorermittlungen. Seit Bekanntwerden der Bilder seien 5500 Personen dazu befragt worden.

Schlappe 5500 Befragungen wurden durchgeführt. Wegen etwas, das noch nicht einmal eine Straftat darstellt, sondern einzig politisch korrekter Profilierungssucht diene. Rechenbeispiel: Wenn jeder Befrager 50 Personen verhört hat, kommen wir auf satte 110 Befrager, die eigens für diesen Unfug abgestellt wurden. Dennoch wird man einige Bundeswehrsoldaten intern belangen. Während jeder Vergewaltiger und Mörder nur auf seine

schwierige Kindheit verweisen braucht, um mildernde Umstände für sich geltend zu machen, kennt man bei Soldaten, angesichts des täglichen Risikos ermordet zu werden keine Gnade. Gesteht man keineswegs [makabere Formen der Stressbewältigung](#) zu.

An dieser Doppelmoral erkennt man bereits, worum es bei diesem Skandal wirklich geht. Einmal sollen wir konditioniert werden, uns sogar vermuteter islamischer Intoleranz zu unterwerfen, denn diese neigt, wie man weiß, allzu gerne zu sinnlosen Gewaltexzessen. Diesmal nicht, doch die Botschaft kam trotzdem rüber. Bloß die Moslems nicht reizen.

Zugleich war es ein typisch deutsches Bedürfnis sich mal wieder schuldig und moralisch unzureichend hinzustellen. Indem man Einzelne in aller Öffentlichkeit bloßstellt und deren Ansehen mit aller medialer Gewalt ruiniert, können sich die inquisitorischen Anklägermentalitäten als umso bessere Hüter von Moral und Anstand aufspielen. Fast alle haben mitgemacht bei dieser Hatz. Skrupellos überschritten Politiker ihre Kompetenzen mit ihren Strafforderungen, als gäbe es keine Gewaltenteilung. Was eine Menge über das Verhältnis zum Rechtsstaat von Merkel, Münte & Co aussagt.

Nun stellt sich die Frage: Wer wird das nächste Opfer dieser Maschinerie politisch korrekter Volkserziehung?



Wowereit :

Kreuzberger

Schulen, nein danke!



"Ich würde meine Kinder nicht nach Kreuzberg schicken"
– Wowereit in der N24-Sendung "Links/Rechts".

Nun hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, endlich auch mal etwas Gescheites und vor allem Ehrliches gesagt. Auf die Frage, ob er seine Kinder (sofern er welche hätte) [in Kreuzberg zur Schule schicken](#) würde, antwortete er mit „nein“, und er könne alle Eltern verstehen, die dies ebenfalls nicht tun würden. Schockiert von soviel Political Incorrectness gegen den Multikulti-Mainstream empören sich nun Politiker aller Parteien.

[Was](#) war passiert?

Klaus Wowereit (SPD) sagte in der N24-TV-Sendung „Links-Rechts“, dass er seine Kinder nicht gern in dem Problemstadtteil zur Schule schicken würde. Auf die Frage danach antwortete er „Nein“: „Ich kann auch jeden verstehen, der sagt, dass er da seine Kinder nicht hinschickt.“ Eltern versuchten „selbstverständlich, für ihre Kinder das Beste zu haben“, zitiert ihn die Nachrichtenagentur ddp.

Natürlich sind genau Politiker vom Schlage Wowereits die Hauptverantwortlichen für die Misere, die wir jetzt haben. Systematisch haben sie, die selbst in der Regel keine Kinder haben, die Augen verschlossen vor den sich auftürmenden Problemen und jeden als Rassist beschimpft, der es wagte, sie anzusprechen. Schon lange wandern Familien, die es irgendwie ermöglichen können, aus Problembezirken wie Kreuzberg, Neukölln oder Wedding ab – übrigens auch solche mit

Migrationshintergrund, die auf eine ordentliche Schulbildung Wert legen. Die *Berliner Zeitung* [schreibt hierzu](#) sehr treffend:

Klaus Wowereit, der Regierende Bürgermeister von Berlin, der oberste Verantwortliche dieser Stadt, hat gesagt, er würde seine Kinder nicht gern in Kreuzberg zur Schule schicken. Nicht in Kreuzberg, nicht dort also, wo es so viele Ausländer gibt. Und damit so viele Probleme. Es gehört nun bekanntlich zur klassischen linken Doppelmoral, von Multikulti zu schwärmen und, wenn es darauf ankommt, doch nur die sorgenfreie Vielfalt bei der Wahl des Lieblingsrestaurants zu meinen. Ein bekanntes und gelegentlich beklagtes Phänomen in Großstädten wie Berlin ist es, dass sich viele Erwachsene exakt so lange in den bunten, kostengünstigen, multikulturellen Stadtvierteln wohl fühlen wie sie selbst keine Kinder im schulpflichtigen Alter haben. Dann plötzlich, etwa fünf Jahre nach der Familiengründung, setzt die Auswanderung ins Umland, in die betont bürgerlichen Viertel, ins Eigenheim ein.

In der Vergangenheit machte der Regierende gern in Multikulti, besuchte und lobte Schulen in Kreuzberg und pries sie als Vorzeigemodelle, [zum Beispiel hier](#) im letzten Wahlkampf:

Am Nachmittag folgte zusammen mit der Bürgermeisterkandidatin für Friedrichshain-Kreuzberg, Sigrid Klebba, die Besichtigung der Hunsrück-Grundschule. Die Hunsrück-Grundschule ist eine Ganztagschule, von deren Schülerinnen und Schülern mehr als zwei Drittel einen Migrationshintergrund haben. Die Schule wurde vor zwei Jahren zur Ganztagschule umgebaut; es gibt Werkstätten, ein Elterncafé und zwei Computer in jedem Klassenraum. Klaus Wowereit zeigte sich beeindruckt von der Situation vor Ort und bezeichnete die Hunsrück-Grundschule als „Musterschule“. Er betonte das Ziel, in der Zukunft möglichst alle Schulen so auszustatten.

Gerade am kommenden Montag will Wowereit im Roten Rathaus die Kreuzberger Lemgo-Grundschule für ihr gelungenes Schulprojekt „Vorbilder machen Mut“ mit der „Berliner Tulpe“ für deutsch-türkischen Gemeinsinn auszeichnen. Der Grüne Kreuzberger Bezirksbürgermeister Franz Schulz ist über Wowereit verärgert und findet, der dürfe den Preis jetzt nicht mehr übergeben. Auch aus den anderen Parteien hagelt es Schelte:

CDU- und FDP-Fraktion bezeichneten die Aussage derweil als bildungspolitische „Bankrotterklärung“. CDU-Fraktionschef Friedbert Pflüger monierte: „Wowereit stellt Kreuzberg damit ein verheerendes Zeugnis aus und stigmatisiert einen ganzen Bezirk.“ Grünen-Fraktionschefin Franziska Eichstädt-Bohlig forderte, die Probleme an Kreuzberger Schulen anzugehen, statt sie durch „unbedachte Äußerungen“ zu verschärfen. Auch die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Rose-Marie Seggelke, forderte von Wowereit, sich für seine „zynischen“ Bemerkungen bei allen Lehrern in Kreuzberg „ganz dringend und sofort“ zu entschuldigen. Sie empfehle ihm eine Tour durch den Stadtteil und seine Schulen, um zu sehen, mit wie viel Engagement dort gelehrt werde.

Nichts verstanden, Frau Seggelke, es geht nicht ums Engagement der Lehrer, es geht darum, dass es nichts nützt. Es geht um sechsjährige Jungen, die sich von einer Lehrerin nichts sagen lassen, weil die eine Frau, also ein minderwertiges Wesen ist. Es geht um Klassen, in denen zahlreiche Kinder kein Wort deutsch können, es geht um Schüler, die nicht den geringsten Respekt vor uns und unserer Kultur haben und sich benehmen wie Halbwilde. Kurz: Es geht um massive Probleme durch in Parallelgesellschaften aufwachsende moslemische Kinder. Diese Wahrheit darf man natürlich nicht aussprechen, deshalb werden auch die Probleme nicht gelöst werden können.

Vielleicht sollte Wowereit sogar einen Tag lang Unterricht an einer Schule geben.

Gute Idee, da würde er dann sehen, dass geordneter Unterricht an diesen Schulen nicht mehr möglich ist. Verstehen kann man Wowereits Aussage, zustimmen muss man ihm auch, verschuldet haben die Misere Leute wie er und lösen werden sie sie nicht. Nun beginnen sie selbst wegzulaufen.

» *Fakten & Fiktionen:* [Wowereit würde Kinder nicht nach Kreuzberg schicken](#)

Türkei öffnet Hafen und Flugplatz für Zypern

✘ Die Türkei spielt weiter mit der EU Katz und Maus. Nachdem die EU sich nach endlosen Qualen widerstrebend zu einem windelweichen [teilweisen Aussetzen](#) der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durchgerungen hatte, weil diese sich weigert, das Zypernabkommen umzusetzen, entschließt die Türkei sich nun *einen* Hafen und *einen* Flughafen [für zyprische Schiffe bzw. Flugzeuge](#) zu öffnen.

Da muss jemand in der Türkei kalte Füße bekommen und gedacht haben, die EU könnte es tatsächlich ernst meinen. Dabei hatte die sich doch für alle Fälle sowieso noch ein Türchen offengelassen, nämlich das [Treffen der EU-Außenminister am 11. Dezember](#).

Mit einem Kompromiss in letzter Minute versucht die Türkei, Bewegung in die Krise um ihre EU-Beitrittsverhandlungen zu bringen. Ob das Angebot, je einen See- und Flughafen für Zypern zu öffnen, ausreicht, blieb vorerst offen. In Regierungskreisen in Ankara hiess es am Donnerstag, die Türkei erwarte im Gegenzug die Öffnung eines Hafens und eines

Flughafens im türkisch-stämmigen Norden Zyperns für den internationalen Verkehr. Dies lehnte die der EU angehörende Regierung des griechisch-stämmigen Südens umgehend ab. «Das kann niemals passieren», sagte ein Regierungssprecher in Nikosia. Derzeit ist Nordzypern nur von der Türkei aus erreichbar. Der Süden der Insel wehrt sich gegen alles, was als Zeichen einer staatlichen Souveränität des Nordens gewertet werden könnte, um einer Friedenslösung für die Insel nicht vorzugreifen. Die Türkei erkennt dagegen die Regierung Zyperns im Süden nicht an.

Der finnische Aussenminister Erkki Tuomioja sagte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, die Türkei habe deutlich gemacht, dass sie ein grosses Zerwürfnis vermeiden wolle. Vorherige Versuche Finnlands, eine Einigung in der Hafenfrage zu finden, waren Ende November gescheitert.

Wenn man wollte, könnte man hier lernen, dass die Türkei nur die Sprache von Drohungen versteht. Das wird man aber nicht wollen, wie die Reaktion des finnischen Aussenministers Erkki Tuomioja bereits zeigt. Sogar die Tatsache, dass die Türkei sich nur zu einer teilweisen Umsetzung des Zypern-Abkommens bereit erklärt, wird als Geste des guten Willens gewertet, ganz so, als würde die Türkei freundlicherweise ein völlig uneigennütziges Entgegenkommen zeigen.

(Spürnase: Bernd v. S.)

» *Fakten & Fiktionen:* [Verkackeierung geht weiter – Türkei will einen Hafen öffnen](#)

König von Bahrain ernennt Jüdin ins Parlament

☒ Der König von Bahrain, Hamid bin Issa Al Khalifa (Foto, links neben Donald Rumsfeld), veröffentlichte am Dienstagabend die 28. königliche Verfügung für das Jahr 2006, in der er die Wahl der Jüdin Huda Ezra Nunu zur Bekleidung eines hohen Amtes im Parlament des Königreiches verkündet. Nunu amtiert zusätzlich als Generalsekretärin des Aufsichtsrats für die Menschenrechte in dem arabischen Land.

In Bahrain leben heute einige Dutzend Juden, die Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem Irak und dem Jemen nach Bahrain gekommen waren. Dies ist das dritte Mal in Folge, dass der königliche Palast in dem Golfstaat einen Juden in ein hohes Amt im Parlament ernannt hat. Bahrain ist das einzige arabische Land, das überhaupt die Ernennung eines jüdischen Bürgers in ein solch hochrangiges Amt ermöglicht. (*Quelle: Maariv, 6.12.06*)

Irak: Desaster aufgrund fehlender Islamkenntnis

☒ Was haben das US-Debakel im Irak, die absehbare Niederlage in Afghanistan und das Multikulti-Desaster in Europa gemeinsam? Sie alle kamen zustande aufgrund einer fatalen Unkenntnis über die Kultur des Islam. Vorurteile und Wunschdenken bedeuten Verkennung der Realität. Die westliche Selbst-Täuschung führt zur Ent-Täuschung durch Konfrontation mit dem, was man aus ideologischen Überzeugungen nicht wahr haben

wollte: Daß sich die islamische Welt nach ihren eigenen Regeln und Gesetzen organisiert, die in fast jeder Hinsicht konträr zu westlichen Standards ausgerichtet sind.

Verkennung islamischer Realität

☒ Weil es im Westen als oberstes Ideal gilt, keine „negativen Vorurteile“ über andere Kulturen zu pflegen, hat sich der verabsolutierte Anspruch festgesetzt, daß diese anderen Kulturen und ihre Mitglieder dem eigenen, westlichen Ich-Ideal entsprechen. Dieses Ideal jedoch entspringt christlicher Ethik und den Idealen der Aufklärung, und kann nur dort Wirksamkeit entfalten, wo diese Kultur auch prägend gewirkt hat. Und sonst nicht.

Moslems sind geprägt von islamischer Kultur. Ihr Ich-Ideal entspringt den Werten des Islam, die völlig konträr z.B. zur christlichen Nächstenliebe inklusive Feindesliebe, und den Individualrechten der Aufklärung definiert sind.

Alle negativen Entwicklungen vom Irak bis zu Multikulti in Berlin sind logisches Resultat kultureller Gegebenheiten in der islamischen Kultur, die gradezu zwangsläufig eintreten mussten.

Fehldiagnose der Problemursache

Nun sucht man wie üblich die Fehler bei sich selbst, weil an Fremdkultur, speziell dem Islam, nichts negativ sein darf per Definition. In den USA erklärt man sich das Scheitern im Irak aufgrund zu geringer Truppenstärke oder fehlender, diplomatischer Einbindung von Syrien und Iran. In Europa erklärt man sich selbst zum Integrationsversager, und verweigert sich der Tatsache, daß es ausschließlich nur um Moslems geht, wenn von Integrationsproblemen die Rede ist.

Die politisch korrekte Realitätsverweigerung hält an. Niemand das Problem beim Namen zu nennen: Es heißt Islam. Anstatt den

Islam in seiner Eigenart zu akzeptieren wie er ist, belog und belügt man sich mit immer neuen Vorurteilen und Klischees über das Reformpotential des Islam:

Falscher Lösungsansatz folgt falscher Problemdiagnose

Im Islam fehle es nur an Demokratie. Als wäre Demokratie allein ein Garant für eine humane Gesellschaft. Islamische Demokratie bedeutet Gottesherrschaft. Islamische Bevölkerungen sind oft weitaus antiliberaler als die Eliten, und [wünschen Rechtssprechung gemäß der Scharia](#), oder daran orientiert.

Klares Indiz: Die Bevölkerungen begehen Ehrenmorde und Zwangsehen, während unter postkolonialem Einfluß das islamische Recht in vielen islamischen Ländern entschärft wurde von den liberaleren Eliten.

Demokratie bedeutet die Gestaltung der Gesellschaft entlang des Wertekonsens ihrer Mitglieder. Gemäß ihrer Sozialisation halten Moslems die Lebensweise für richtig, die man sie gelehrt hat für die richtige zu erachten. Was dazu führt, daß das islamische Gesellschaftsmodell für gut und richtig erachtet wird mit seiner Rechtssprechung und Alltagsethik. Wobei es zwar regionale Unterschiede gibt, aber nie prinzipielle.

D.h. islamische Gesellschaften sind strukturell immer am Islam ausgerichtet, zu welchem keine Alternative zugelassen wird. Säkulare Staatsformen sind dem Islam entgegen gesetzt, und haben auf Dauer keinen Bestand (siehe Türkei, die sich reislamisiert), weil ihr Legitimationsmodell sich nicht gegen das islamisch-religiöse durchzusetzen vermag. Somit stellen islamische Gesellschaften eine Form von kollektiv getragendem Anti-Liberalismus aufgrund der Ablehnung pluralistischer Gesellschaft mit gleichen Rechten aller Ethnien dar, die den verinnerlichten Werten islamischer Sozialisation entspricht. Diese Gesellschaftsform ist einerseits strikt hierarchisch, andererseits dezentral organisiert. Sie braucht nicht zwangsläufig einen Führer an der Spitze, weil jeder

Korankundige kompetent und verpflichtet ist, die islamische Gesellschaftsordnung zu tragen. Die autoritäre Fremdbestimmung gemäß islamischen Richtlinien wird freilich nicht als prinzipiell diktatorisch empfunden, sondern als richtige, legitime, sogar humane Gesellschaftsform, aufgrund der Weisungen der verehrten, unfehlbaren Gottheit. Der Repressionsgrad in islamischen Gesellschaften wird viel stärker durch islamische Normen bestimmt, als durch ferne Regierungen, siehe Zwangsehen und Ehrenmordproblematik. Übergriffe gegen Nicht-Moslems erfolgen viel eher spontan gemäß den Befindlichkeiten islamischer Bevölkerungen, als staatlich organisiert.

Schon diesen Sachverhalt hat der Westen bislang ignoriert, weil eine verinnerlichte pro-totalitäre Haltung von so weiten Bevölkerungskreisen im Westen praktisch unbekannt ist. Man bezog seinen Optimismus quasi mit dem ungeprüften Rückschlusses der eigenen Verhaltensideale auf andere Kulturen. Doch die islamische Welt folgt völlig anderen Idealen und kennt kein Freiheitsstreben des Individuums. Im Gegenteil. Das westliche Ideal des unabhängigen Individuums hat im Islam den Status der Gotteslästerung, denn das islamische Verhaltensideal liegt im Streben nach Gehorsam unter die angeblich göttliche Ordnung. Besonders die autonome Hinterfragung vermeintlich göttlicher Gesetze hat nach islamischer Auffassung blasphemischen Charakter, und stellt damit den Gegenpol zum individualistischen Freiheitsideal der Aufklärung dar.

Vor diesem Hintergrund muß man sämtliche Konflikte sehen, in die der Westen und der Islam derzeit verwickelt sind. Es geht letztlich darum, welches Gesellschaftsmodell sich durchsetzt. Das humanistisch-westliche, oder das zu Glaubensgehorsam verpflichtende islamische. Die Bilanz fällt derzeit praktisch 100% zu Gunsten des Islam aus, aufgrund der weitaus größeren Entschlossenheit der islamischen Welt, für ihre Ideale einzustehen.

Fallbeispiele westlichen Scheiterns

Der Westen muß letztlich sein Scheitern anerkennen. Ob nun militärisch, diplomatisch oder integrativ.

Irak:

☒ Nach dem Sturz Saddams wurde das islamische Recht eingeführt. Dem Unrecht des Baath-Regimes folgt das Unrecht des Islam, legitimiert per Referendum der Bevölkerung, die sich für eine Scharia-Rechtssprechung aussprach. Außerdem: Völlig anders als z.B. die deutsche Bevölkerung nach dem Untergang der Nazis entstanden im Irak Guerillia- und Terrorstrukturen der rivalisierenden Interessensgruppen. Mit dem Ende der Nazi-herrschaft ging in Deutschland ein Kulturwandel einher. Im Irak hingegen blieb die gewaltbereite Kultur des Islam unangetastet samt deren Kompromissunfähigkeit. Sie entspringt direkt dem islamischen Denkmuster, im Besitz der einzigen Wahrheit zu sein, die gemäß Koran jederzeit mit vernichtender Gewalt durchgesetzt werden kann. Treffen nun rivalisierende, islamische Gruppierungen aufeinander die alle diesen islamischen Totalitarismus verinnerlicht haben, erscheint jede Form demokratischer Kompromissuche als Verrat am vermeintlich göttlichen Herrschaftsauftrag. Einzige Lösungen hierbei: Extrem brutale, einschüchternde Gewaltherrschaft nach Saddam-Muster, oder strikte Trennung der Ethnien, die dann ihrerseits innerhalb ihrer Gruppierung islamische Gesellschaftsstrukturen etablieren. Das Konzept der USA eines demokratischen Irak ist vollkommen gescheitert, weil es von der Bevölkerung nicht getragen wird.

Das kommt für den Westen aufgrund der idealisierenden Vorurteile über den Islam und dessen Wirkung auf die Bevölkerung völlig überraschend. Entsprechend hilflos reagiert nun in den USA die Baker-Kommission, wenn sie tyrannische Regime wie Syrien und den Iran als Stabilitätsfaktoren in Verhandlungen einbeziehen will. Das ursprüngliche Ziel, den Irak als islamisches Demokratiemuster aufzubauen, hat man komplett aufgegeben.

Palästina:

Doch die [Realitätsverweigerung hält an](#):

„Die Vereinigten Staaten können ihre Ziele im Nahen und Mittleren Osten nicht erreichen, wenn sie sich nicht direkt mit dem arabisch-israelischen Konflikt und der Instabilität in der Region befassen. Es muss ein neues und nachhaltiges Engagement der Vereinigten Staaten für einen umfassenden arabisch-israelischen Frieden an allen Fronten geben.“

☒ Man lese sich nur die [Charta der Hamas](#) samt deren Koranbezug durch. Dann wird klar, daß die islamische Welt dazu verpflichtet ist vor ihrer Gottheit Allah, Israel auszulöschen. Auch hier ist das Scheitern einer auf Wunschdenken basierenden Strategie absehbar. Friedenszeiten werden lediglich genutzt um aufzurüsten. Das Vernichtungsziel Israel aber nicht aufgeben.

Afghanistan:

☒ Es ist nur eine Frage der Zeit bis die Taliban wieder herrschen. Ohne westliche Unterstützung würde der Widerstand gegen die Taliban zusammen brechen. Dem Herrschaftswillen der Taliban hat in Afghanistan niemand etwas entgegen zu setzen, obwohl ihre Schreckensherrschaft regional durchaus abgelehnt wurde. Der Westen ist außerstande, in diesem asymmetrischen Krieg seine Konzepte von Demokratie und Menschenrechten auch nur ansatzweise zu etablieren, so daß ein eigenständiger, aus dem afghanischen Volk getragener Widerstand gegen die Taliban erwüchse.

Jeder Ansatz durch humanitäres Engagement eine Liberalisierung in Afghanistan herbei zu führen, wird durch die gewaltbereite Entschlossenheit der Taliban zunichte gemacht, wie man im [Kodex der Taliban](#) nachlesen kann:

26) Diejenigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die unter der Regierung der Ungläubigen ins Land gekommen sind,

müssen gleich wie die Regierung behandelt werden. Sie kamen unter dem Vorwand, den Menschen zu helfen, sind aber in Wahrheit Teil des Regimes. Deshalb tolerieren wir keine ihre Aktivitäten, sei es der Bau von Strassen, Brücken, Kliniken, Schulen, Madrassen (Koranschulen) oder anderem. Wenn eine Schule trotz Warnung nicht schliesst, gehört sie verbrannt.

(Man beachte auch Punkt 19. zur „Knabenliebe“. Sagt eine Menge aus, wenn es hierzu Regularien bedarf.)

Die Weltwoche hat ein aufschlußreiches Interview mit dem [Taliban-Kommandeur Mullah Sabir](#) geführt.

Wie stark sind die Taliban heute?

Rund 15000 Mann. 40 Prozent sind keine eigentlichen Taliban, haben keine religiöse Schule absolviert, es sind Jugendliche, die sich uns aus Sympathie anschliessen.

Die Afghanen haben ihn in freien Wahlen gewählt. Dies war auch ein Manifest gegen die Taliban?

Lassen Sie mich eines deutlich sagen: Uns gäbe es nicht, wenn wir in der Bevölkerung keine Unterstützung hätten. Ein afghanisches Sprichwort besagt: «Du kannst nie Teil eines Dorfes sein, wenn dich das Dorf nicht will.» Die Menschen vertrauen der korrupten Justiz Karzais nicht. Sie erinnern sich an die Vorzüge unseres Regimes. Damals war die Sicherheit absolut. Die Verbrechensquote war auf null gesunken. Nun suchen die Leute wieder den Rat unserer Richter. Allein in meiner Provinz haben wir sechs Scharia-Gerichte

Irgendwann werden die Verluste des Westens in Afghanistan und im Irak zu verlustreich. Ihre Sinnlosigkeit ist jetzt schon offensichtlich. Die islamische Welt wird diesen Triumph als Beleg für die Überlegenheit des islamischen Gesellschaftssystems interpretieren.

Somalia:

Vor wenigen Wochen hat sich dort ein [Scharia-Regime](#) etabliert. So bald ein Machtvakuum entstanden ist, nutzen korantreue Kräfte ihre Chance zur Machtergreifung. Ein islamisches Land nach dem anderen wird anstreben, die islamische Gesellschaftsform der vorkolonialen Epoche zu restaurieren. D.h. der mekkanischen Idealgesellschaft zu Lebzeiten des Propheten möglichst nahe zu kommen. Diese Länder werden zu Kernstaaten eines gegen jede nicht-islamische Lebensform gerichteten Djihad, nach innen wie nach außen.

Mit Somalia ist ein neuer, möglicher „Al-Kaida Frontstaat“ entstanden, und der Westen kann absolut nichts dagegen tun.

Ägypten:

Nur manipulierte Wahlen verhindern die Machtergreifung durch die korantreue Moslembroderschaft. Wie radikalisiert die ägyptische Bevölkerung mittlerweile tatsächlich zeigt, daß [92% Israel als Feindstaat](#) betrachten. Trotz formellem Friedensvertrag, der längst als Verrat empfunden wird.

Deutschland & Europa:

Die islamischen Bevölkerungen islamisieren sich zunehmend. Der Wunsch gemäß dem Willen Allahs zu leben nimmt deutlich zu. Islamisches Recht wird immer stärker im Alltag angewandt, parallel und außerhalb der Rechtsnormen der Ungläubigen. [Nochmals obigen Link](#). Westliche Freiheits- und Menschenrechte werden freiwillig abgelehnt, da man sie aufgrund islamischer Indoktrination für falsch erachtet. Die ethische Ausrichtung der Bevölkerung bestimmt in einer Demokratie jedoch die Gestaltung der Gesellschaft vom Alltagsleben bis zur Gesetzgebung. In Europa hat man diesen schlichten Sachverhalt noch nicht im Geringsten zur Kenntnis genommen, obwohl er langfristig eine komplette Umgestaltung bedeutet.

Islamische Bevölkerungen zeigen weltweit, daß sie weder fähig noch willens sind, menschenrechtliche Prinzipien umzusetzen. Sie bevorzugen ganz überwiegend mehrheitlich das islamische Modell, das sie für überlegen und einzig legitim halten.

Sowohl die westlichen militärischen Engagements als auch der pro-islamische Multikulturalismus agieren auf der Basis völliger Unkenntnis gegenüber dem Islam und dessen Wirkungsweise auf seine Gefolgschaft. Der allumfassende, gesellschaftspolitische Gestaltungsanspruch des Islam wird weiterhin ignoriert. Ganz überwiegend aus diesem Grund sind die militärischen Engagements des Westens mit dem Ziel nicht nur Demokratie, sondern auch ein mehr an Humanität zu etablieren, zum Scheitern verurteilt. Und darum haben auch die Integrationsbemühungen des Westens bezüglich seiner islamischen Minderheiten nur geringe Aussicht auf Erfolg. Nachdem die islamischen Mitbürger immer intensiver in den Moscheen indoktriniert werden, halten diese das islamische Gesellschaftsmodell für überlegen, und werden natürlich nicht dieses als überlegen empfundene Konzept gegen das minderwertige Demokratieverständnis der minderwertigen Ungläubigen eintauschen wollen.

Fazit:

Der Westen muß erkennen, daß er zum tönernen Riesen geworden ist. Seine Militärmaschinerie ist teuer, aber letztlich wirkungslos gegen den schieren Kampfeswillen des islamischen Dihad. Was uns im Westen als kulturelle Stärke und Referenz erscheint, nämlich unsere Friedensliebe, Toleranz und Pluralität ist aus islamischer Sicht Beleg für Schwäche, Feigheit und moralischer Verkommenheit. Entsprechend wenden sich islamische Bevölkerungen in islamischen Ländern als auch in Europa von der westlichen Kultur ab. Mit dem Scheitern der USA im Irak wird offensichtlich, daß der Westen in die Defensive geraten ist. Aus dieser fatalen Situation kommt der Westen nur heraus, wenn er seine Vorurteile gegenüber dem Islam überwindet, und diesen als konkurrierendes Gesellschaftssystem akzeptiert, das danach trachtet, die westliche und jede andere Kultur zu dominieren oder sogar letztlich auszulöschen. Nur aus der Erkenntnis dieser Bedrohungslage vermag der Westen die notwendige Kraft zu

schöpfen, um auf dem eigentlichen Schlachtfeld im Kampf der Kulturen zu bestehen. Für den Westen geht es um sein kulturelles Überleben, und das findet in den Köpfen jedes Einzelnen statt, der die westliche Kultur trägt, oder eben ablehnt. Der Westen kann nur überleben, wenn man sich zurück besinnt auf die Tugenden der Aufklärung, und den Islam einer tabulosen, kritischen Analyse unterzieht. Daraus resultierende Erkenntnisse zum Allgemeinwissen werden mit nachfolgendem Bewahrungswillen der eigenen Kultur. Denn dieser Konflikt läuft auf eine simple entweder-oder-Konstellation hinaus: Islam oder Menschenrechte.

US Airways - Flug: Imame provozierten Rauswurf

☒ Ein Aufschrei ging durch den moslemischen Teil der Vereinigten Staaten als am 20. November sechs Imame (Foto: Omar Shahin) von einem [Flug der US Airways nach Phoenix ausgeschlossen](#) wurden, nachdem sie vor dem Flug ihre Abendgebete verrichtet und damit ihre Mitpassagiere nervös gemacht hatten. Jetzt wurde bekannt, dass die Aktion der sechs Imame eine [bewusste Provokation](#) war.

Am Gate, ehe sie einstiegen, wurden zuerst die USA verflucht. Danach verbeugten sie sich Richtung Mekka und beteten – nach Aussagen des Mitarbeites am Einstieg und anderen Zeugen – [sehr laut] mit immer wiederholtem "Allah, Allah, Allah,". Im Flugzeug dann nahmen die sechs Imame andere als ihre zugewiesenen Sitze ein (sie bevorzugten jeweils zwei im Anfang, in der Mitte und am Ende des Flugzeugs), einer von ihnen gab vor, blind zu sein, um auf einem anderen Sitz Platz nehmen zu können. Dann lief man im Flugzeug auf und ab,

während man sich lautstark auf arabisch unterhielt und fragte gar nach Verlängerungen für den Sicherheitsgurt.

Der Chef der Gruppe, Omar Shahin, der [Kontakte zu Osama Bin Laden und zur Hamas](#) pflegt, bekräftigte nach dem Zwischenfall, dass man "nichts Außergewöhnliches" getan habe. Weitere Lügen folgten. So gab man an, in Handschellen und unter Bewachung von Hunden (unrein!) abgeführt worden zu sein □ der Polizeireport schreibt davon nichts. Shahin und seine Freunde stammen aus dem Sudan und Saudi Arabien, sie bezeichnen sich als moderate und sagen, sie lieben die USA und lehnen Terror ab. Shahin bezweifelt allerdings auch, dass Moslems für den Anschlag vom 11. September verantwortlich seien. Ihm werden Verbindungen zum organisierten Terrorismus nachgewiesen.

Unter anderem betrieb Shahin in Arizona eine Moschee, zu deren Gläubigen einige der 9/11-Attentäter zählten. Momentan unterrichtet er an einer Islamschule, die mit der moslemischen Bruderschaft in Verbindung gebracht wird und fordert die Einführung des Scharia-Rechts in Amerika. Keith Ellison, der erste Moslem im Kongress ([wir berichteten](#)) traf sich mit Shahin am 19.11.2006 um 19 Uhr, also einen Tag vor dem Zwischenfall am 20.11.2006.

Am 21. November kehrte Shahin gemeinsam mit Pressevertretern an den *US Airways*-Schalter zurück und behauptete, diskriminiert worden zu sein. Ebenfalls fordert *CAIR* (Council on American-Islamic Relations) lauthals eine Untersuchung durch Bundesbehörden. Gleich am nächsten Tag [bemühte sich Ellison](#) um ein Treffen mit dem Hauptgeschäftsführer von *US Airways*, um über die "Diskriminierung" zu sprechen und Omar Shahin rief zum [Boykott von US Airways](#) auf

Deutsche Bank beugt sich der Scharia

☒ Bekanntlich ist die religiöse Pflichtenlehre des Islams, die Scharia, ein zutiefst rückständiges Rechtssystem, weil dazu Verstümmelungen wie das Abhacken von Gliedmaßen und Folterungen bis zum Tode wie die Steinigung (siehe Foto links) gehören. Von der Unterdrückung der Frauen und der Verfolgung Andersdenkender erst gar nicht zu sprechen. All dies hält die *Deutsche Bank* nicht davon ab, jetzt einen Publikumsfonds nach islamischem Recht aufzulegen.

Sie reagiere damit nur "auf die durch Einnahmen aus dem Ölgeschäft getriebene Nachfrage nach geeigneten Investitionsmöglichkeiten für Muslime". Die [FTD](#) berichtet:

Zunächst könnten Anleger in den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie in Bahrain die Produkte mit dem Namen "Noor Islamic Funds" erwerben, teilte Deutschlands größtes Geldhaus am Mittwoch mit. 2007 sollten die über die Fondstochter DWS vertriebenen Fonds dann auch in anderen Ländern im Mittleren Osten sowie in Asien und in Europa an den Start gehen. DWS Noor wolle künftig das Angebot noch ausweiten und auch in anderen Anlageklassen aktiv werden.

Das islamische Recht, die Scharia, lehnt Zinszahlungen ab. Auch Investitionen in Rüstungsunternehmen und Firmen, die Alkohol herstellen, Schweinefleisch verarbeiten oder Glücksspiel anbieten, sind verboten. Zunächst bietet die Deutsche Bank fünf Produkte an, von denen sich die meisten auf Anlagen in Asien konzentrieren. Ein Fonds deckt Aktieninvestments rund um den Globus ab, ein weiterer konzentriert sich auf Edelmetalle. Zu den erwarteten Mittelzuflüssen wollte sich die DWS nicht äußern. Anleger müssen mindestens 1000 \$ (753 Euro) in die Hand nehmen, um in einen der Fonds investieren zu können. Die Fonds wurden

gemeinsam mit Islam-Gelehrten aus London entwickelt. Dabei wurden Investitionsmöglichkeiten rund um den Globus und in verschiedensten Anlageklasse untersucht. Am Ende stand eine Auswahl von rund 7000 Islam-konformen Aktien.

» Kontakt: deutsche.bank@db.com



Baker-Kommission: Irak-Krieg ist verloren



Die Lage im Irak ist ein Desaster. Zu dieser Erkenntnis kommen sowohl der designierte [Verteidigungsminister Robert Gates \(Foto\)](#) als auch die überparteiliche Baker-Kommission. Gates antwortete vor dem Streitkräfteausschuss in Washington des US-Senats auf die Frage, ob die USA den Krieg gewinnen könnten, mit „Nein“. Gates, der früher CIA-Direktor war, hatte in seiner Anhörung ein niederschmetterndes Bild über die Lage im Irak gezeichnet und vor der „sehr realen Gefahr eines regionalen Flächenbrandes“ gewarnt. Die überparteiliche Baker-Kommission empfiehlt einen [schrittweisen](#)

[Abzug](#) aus dem Irak.

Nun ist der schlimmstmögliche Fall eingetreten: Die USA geben den Irak verloren und werden versuchen, das Land möglichst bald zu verlassen. Die Hoffnung, ein Abgleiten der Region ins totale Chaos zu verhindern, wird offiziell noch nicht aufgegeben, aber die Prognosen sind düster.

Gates warnte bei der fünfstündigen Anhörung vor einer Ausweitung des Konflikts. Wenn sich in den nächsten ein oder zwei Jahre die Lage im Irak nicht langsam bessere, müssten sich die USA „der sehr realen Gefahr und der möglichen Realität eines regionalen Flächenbrandes stellen“, betonte der Ex-CIA-Chef. Er teile mit US-Präsident George W. Bush die Sicht, dass die USA im Irak bleiben müssten, bis der Irak sich selbst schützen und regieren könne.

In einer mehrstündigen Anhörung zeigte sich Gates zu Änderungen der amerikanischen Irak-Strategie bereit. „Alle Optionen sind auf dem Tisch“, sagte er. Auf die Frage eines demokratischen Senators, ob die USA im Irak gewännen, antwortete der 63-Jährige: „Nein, Sir.“ Später relativierte er diese Aussage etwas und sagte, dies habe sich auf die Gesamtsituation im Irak bezogen. Er wolle nicht, dass die US-Truppen den Eindruck hätten, er halte sie für nicht erfolgreich. Bisher sei der Einsatz im Irak für die USA aber nicht zufrieden stellend gelaufen, räumte Gates ein.

„Die Entwicklungen im Irak über die nächsten ein oder zwei Jahre werden den gesamten Nahen Osten formen und die globale Politik auf viele Jahre sehr stark beeinflussen“, sagte Gates. „Wir müssen gemeinsam an der Entwicklung einer Strategie arbeiten, die den Irak nicht im Chaos versinken lässt und die unsere langfristigen Interessen in und Hoffnungen für die Region schützt“, forderte er.

Ähnlich düster sind die Erkenntnisse und Prognosen der Baker-

Kommission:

Mit einer diplomatischen Offensive sollen die USA nach Ansicht der überparteilichen Baker-Kommission die Voraussetzung für einen baldigen Abzug ihrer Truppen aus dem Irak schaffen. Die ranghohe Expertengruppe warnte in ihrem am Mittwoch veröffentlichten Bericht davor, dass der Irak ins Chaos abzugleiten drohe.

Erforderlich sei eine neue Strategie. Die US-Soldaten sollten sich zunehmend aus den Kämpfen heraushalten und auf die Ausbildung irakischer Kräfte konzentrieren. (...) „In unseren wichtigsten Empfehlungen fordern wir neue und verbesserte diplomatische und politische Bemühungen im Irak und der Region sowie einen Wandel der Hauptaufgabe der US-Kräfte im Irak, um es den Vereinigten Staaten zu ermöglichen, mit dem Abzug ihrer Kampftruppen aus dem Irak zu beginnen“, schrieb das mit Demokraten und Republikanern gleichmäßig besetzte Gremium, das die Irak-Politik Bushs unter Leitung des ehemaligen Außenministers James Baker neun Monate lang überprüft hatten.

Fast vier Jahre nach dem US-Einmarsch in den Golfstaat beschrieben die Experten die Lage als „schlimm und sich weiter verschlechternd“. Das Land drohe vollends ins Chaos abzugleiten, wenn diese Entwicklung anhalte. „Die Folgen können schwerwiegend sein. Ein Abrutschen ins Chaos kann den Kollaps der irakischen Regierung und eine humanitäre Katastrophe verursachen. Nachbarländer könnten eingreifen ... al-Qaida könnte einen Propaganda-Sieg erringen.“ (...) Der Einsatz im Irak dauert inzwischen länger als die Beteiligung der USA am Zweiten Weltkrieg. Mehr als 2900 US-Soldaten sind seit März 2003 getötet worden. Der Aufstand gegen die US-geführten Truppen ist nach den Worten von UN-Generalsekretär Kofi Annan zu einem Bürgerkrieg unter den Irakern ausgeartet. Der Gewalt zwischen Sunniten und Schiiten fallen UN-Schätzungen zufolge täglich 120 Menschen zum Opfer. Auch am Mittwoch starben bei Anschlägen und Zusammenstößen mindestens

13 Menschen.

Angesichts der vertrackten Lage hatte eine Gruppe von US-Abgeordneten vor neun Monaten die Baker-Kommission ins Leben gerufen. Sie sollte als unabhängige und überparteiliche Expertengruppe einen Ausweg aus einer der größten außenpolitischen Krisen der USA finden. Der 76-jährige Baker gilt als enger Vertrauter der Bush-Familie und hat bereits Bushs Vater als Minister gedient.

Ein schreckliches Szenario: 2900 getötete US-Soldaten, die Region in Anarchie versinkend und die Menschen in Hoffnungslosigkeit zurückbleibend. Der Iran wird begeistert seine Chance ergreifen, seinen Einfluss auf die schiitische Mehrheit im Irak auszudehnen, und das alles mit der Aussicht, bald im Besitz von Atomwaffen zu sein...